

Hartmannbund

Ärzte können Klimaschutz im Gesundheitswesen vorantreiben

Für Klimaschutz im Gesundheitswesen kann die Ärzteschaft selbst einiges tun. Nötig sind aber auch stimmige Rahmenbedingungen der Politik. Das ergab eine Podiumsdiskussion bei der Hauptversammlung des Hartmannbundes. Auch Niedergelassene haben Handlungsspielräume, meint die Gynäkologin Dr. Gabriela Stammer.



Während Stammer (r.) Handlungsspielräume für Ärzte sieht, fordert Albrecht (m.) stimmige Rahmenbedingungen von der Politik.

©Hartmannbund/Florian Schuh

Stammer warb in erster Linie für Zurückhaltung bei der Verordnung von Medikamenten. Statt Folsäure könnten Ärzte und Ärztinnen ihren schwangeren Patientinnen auch einfach mal einen grünen Salat empfehlen. Vor allem bei Antibiotika plädiert die Gynäkologin für einen sparsameren Einsatz. Sie stellte in Frage, ob es wirklich nötig sei, bei jeder Kaiserschnittgeburt Antibiotika zu verabreichen. Die Mittel seien noch Monate später in der Windel der Babys nachweisbar. Stammer fragte nach den Auswirkungen auf das Darmbiom. Sie wies andererseits aber auch auf die Risiken zurückhaltenden Handelns für niedergelassene Ärzte hin: „Wenn wir etwas nicht tun, dann ist für uns in der Niederlassung der Druck einer Klage unheimlich hoch“, sagte Stammer. Sie plädierte für mehr Mut, diese zurückhaltenden Wege zu gehen. Denn sie sieht auf der anderen Seite in ihrer Praxis schon jetzt die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit. So beobachte sie „am laufenden Meter neue Insektenstiche, die wir nicht kennen“, berichtete Stammer.

Auf dramatische Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit wies Dr. Christian Schulz von der Allianz Klimawandel und Gesundheit KLUG hin. Er zeigte sich erfreut, dass es im Gesundheitssektor diesbezüglich ein Aufwachen gebe. Ärzte und Ärztinnen würden in allen Fachgebieten der Medizin eine Erhöhung der Krankheitslast sehen. „Wir wissen immer besser, wie hoch die gesundheitlichen Belastungen dadurch sind, dass wir uns in eine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern begeben haben.“

Laut Schulz sind in diesem Sommer europaweit wahrscheinlich 100.000 Menschen aufgrund von Hitze zu früh gestorben. Bei der hitzebedingten Mortalität sei Deutschland besonders vulnerabel. Sie zähle zu den größten Katastrophen und sei auch schlimmer als Hochwasser.

Schulz forderte ein radikales Umdenken mit Blick auf Gesundheit. Denn nur ein geringer Teil der im Gesundheitssystem erzeugten Gesundheitsleistungen komme aus der kurativen Medizin. Viel mehr Potenzial liege in Fragen des Lebensstils und der sozialen Bedingungen – und damit in der Prävention.

Klimaanpassungsmaßnahmen für Krankenhäuser gefordert

„Wie kann es sein, dass wir uns als Kinderärzte soviel Mühe geben, dass Menschen gesund werden, aber gleichzeitig die Grundlagen für ein gesundes Leben zerstören?“ Diese Frage habe er sich als Kinderarzt in Weiterbildung oft gestellt, berichtete Johannes Wagner, der seit einem Jahr für Bündnis 90/Grüne im Bundestag sitzt. Auch er plädierte für mehr Prävention. 4500 Tote hat es nach seinen Angaben wegen Hitzefolgen allein in diesem Jahr in Deutschland gegeben. Zudem würden immer mehr Tropenkrankheiten beobachtet. „Deshalb müssen wir auf die Aus- und Weiterbildung achten.“ Es sei nötig, dass Ärztinnen und Ärzte die Menschen informieren.

Wagner hält aber auch politische Maßnahmen für mehr Luftreinhaltung und Einschränkungen bei der Lebensmittelwerbung für nötig. „Ganz dringend“ seien zudem Klimaanpassungsmaßnahmen für Krankenhäuser. „Die Hitzetage werden immer häufiger, und es ist unglaublich anstrengend unter diesen Bedingungen zu arbeiten“, sagte er.

Der Gesundheitssektor sei Leidtragender und zugleich Verursacher planetarer Krisen, so Wagner. Weltweit entstünden rund fünf Prozent der CO₂-Emissionen im Gesundheitssektor, in Deutschland seien es 6,6 Prozent. „Der Einfluss ist enorm und größer als der gesamte Flugverkehr.“ Wagner zeigte sich jedoch überzeugt, dass die Transformation hin zu einem klimaneutralen Gesundheitswesen zu schaffen ist, ohne dass das Gesundheitswesen darunter leidet. „Die Zielrichtung ist vorgegeben, am Tempo können wir noch arbeiten“, sagte er.

Auch der Hartmannbundvorsitzende Dr. Klaus Reinhardt sieht in mehr Prävention einen Schlüssel zur Klimaneutralität. Es sei essenziell, den Zusammenhang von Klima und Gesundheit zu erkennen. Dann könne man etwas ändern. Reinhardt vertrat die Auffassung, dass die Verbindung dieser beiden Themen gut geeignet ist um zu vermitteln, dass Verhaltensänderungen nötig sind. Er verwies zudem auf einen spezifischen Vorteil, den die Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheitsschutz in Deutschland im politischen Hinsicht genieße. „Dieses Thema wird nicht parteipolitisch instrumentalisiert. Die allermeisten sehen das gleichgerichtet“, sagte er. Gesetzgeberische Maßnahmen sind aus seiner Sicht aber zweitrangig. Die Ärzteschaft habe viele Möglichkeiten selbst zu handeln.



VMF-Chefin König plädiert für Eigeninitiative.

©vmf

MFA-Verbandschefin König: „Nicht auf ein Gesetz warten!“

Diese Auffassung vertrat auch Hannelore König, Vorsitzende des Verbandes der Medizinischen Fachangestellten (VMF). „Wir brauchen nicht auf ein Gesetz warten. Wenn wir gemeinsam überlegen mit der Unterstützung von Klug, finden wir Maßnahmen“, sagte sie unter Verweis darauf, dass Umweltschutz und Nachhaltigkeit in der Berufsausbildung der MFA bereits verankert seien. Vom Hartmannbund wünschte sie sich gemeinsame Initiativen, die MFAs mitnehmen.

Selbstinitiative sei wichtig, „aber als Verband muss der Hartmannbund auch ganz klar benennen, wo man nicht weiterkommt und wo gesetzliche Änderungen nötig sind“, sagte Dr. Matthias Albrecht, Geschäftsführer des Evangelischen Krankenhauses Hubertus Berlin, das als erster vom BUND als Energiesparendes Krankenhaus zertifiziert wurde. Denn wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen würden, könnten auch einzelne Akteure nicht sinnvoll agieren. „Es kann nicht funktionieren, wenn man uns nicht hört“, sagte er.

Dr. Kenan Hasan warnte vor einer weiteren Ökonomisierung im Gesundheitswesen. „Wenn wir das nicht angehen, kommen wir auch ökologisch nicht weiter“, sagte er. Die Ökonomie dürfe nicht über allem stehen. Prävention werde vernachlässigt. Das sei volkswirtschaftlich extrem dumm.

Professor Axel Ekkernkamp, Ärztlicher Direktor des Unfallkrankenhauses Berlin (ukb), das als Green Hospital zertifiziert ist, warnte davor, auf die Politik zu warten. „Die Politik richtet das nicht“, sagte er. Er wünscht sich Vorgaben des wissenschaftlichen Beirats der Bundesärztekammer. Der sei einflussreicher als mancher Sachverständigenrat. „Wenn von dort ganz klare Vorgaben und Schritte kommen, dann kriegen wir das in die Praxen und Kliniken“, meint Ekkernkamp.

In mehreren Workshops hat die Hauptversammlung des Hartmannbunds am Freitag die Gesundheitsversorgung im Zeichen von Planetary Health weiter diskutiert. Für den Samstag waren auch Beschlüsse zu diesem Thema geplant. Der änd wird berichten.

11.11.2022 19:10, Autor: am, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/220610>